

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 3. Februar, 11 Uhr.

Am Bundeskanzler: Dr. Rieberg, Dr. v. Böttcher und andere.

Engenommen: Abgabe zum Bundesenergiegesetz. Das Gesetz ist noch nicht fertig.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einführungsgesetzes zu diesem. Die Debatte wird eingeleitet von

Staatssekretär Dr. Rieberg: Das Gesetzbuch, das bestimmt, auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einheitlich herbeizuführen, die Grundzüge des bürgerlichen Rechts. Drei Kommissionen haben ihre Tätigkeitsberichte erstattet. Während die erste Kommission nur aus Rechtsgelehrten bestand, gehörte der zweiten Juristenmänner der großen Parteien des Reichstages und Vertreter der praktischen Juristen an. Ihre Aufgabe war es, den Grundriss des bürgerlichen Rechts zu entwerfen. Sie beschäftigte sich mit den Grundsätzen, die dem bürgerlichen Recht zu Grunde liegen, in weitesten Kreisen und in allen Ländern. Die Kommissionen haben ihre Tätigkeitsberichte erstattet. Während die erste Kommission nur aus Rechtsgelehrten bestand, gehörte der zweiten Juristenmänner der großen Parteien des Reichstages und Vertreter der praktischen Juristen an. Ihre Aufgabe war es, den Grundriss des bürgerlichen Rechts zu entwerfen. Sie beschäftigte sich mit den Grundsätzen, die dem bürgerlichen Recht zu Grunde liegen, in weitesten Kreisen und in allen Ländern. Die Kommissionen haben ihre Tätigkeitsberichte erstattet.

unübersehbar werden. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Das ist der Antrag, das gesammte bürgerliche Recht der Kompetenz des Reiches zu übergeben. Mehr als 20 Jahre angestrengter Arbeit bedingte es jedoch, um diesen Entwurf zu einem Gesetz zu machen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Staatssekretär Dr. Rieberg: Da bemerkt werden kann, dass die Kommissionen sich nicht einig sind, so ist es notwendig, dass die Kommissionen sich einig sind. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Staatssekretär Dr. Rieberg: Meine politischen Freunde erkennen die hohe nationale Bedeutung des Entwurfs an, und wir sind gewillt, an seiner Durchführung mit allen Kräften mitzuwirken. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden. Das bringt mich auf die Frage der geschäftlichen Behandlung. Es ist der geradezu ungeheuerliche Gedanke, dass ein bloßes Annehmen ausreicht, um die Sache zu erledigen. Das ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Das Gesetz muss durch den Reichstag beschlossen werden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensitzung.

11. Sitzung vom 3. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerpräsidenten: Herr von Hammerstein u. A. Die Beratung des Landwirtschafsausschusses ist heute fortgesetzt. Die Beratung des Landwirtschafsausschusses ist heute fortgesetzt.

